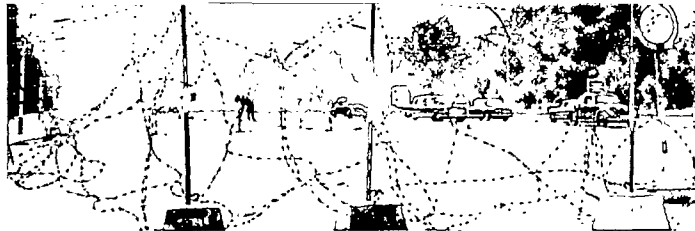


in einem Dementi ungefragt das Wort „Mauer“ benutzt hatte („Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“), machte er, wie der SPIEGEL später berichtete, dem SED-Zentralkomitee hinter verschlossenen Türen die schreckliche Situation deutlich: Allein im ersten Halbjahr 1961 seien wieder 100 000 DDR-Bürger den Verlockungen des kapitalistischen Westens erlegen.

Zu der Sitzung des ZK hatte der Staatsratsvorsitzende auch die in Ost-Berlin akkreditierten Botschafter der Warschauer-Pakt-Staaten geladen, und allmählich zeigte Ulbrichts Zermürbungstaktik gegenüber den Genossen im



Osten die gewünschten Erfolge: Aus der UdSSR wurden frische Truppen zusätzlich nach Polen verlegt. An Eisenbahnbrücken, Elektrizitäts- und Wasserwerken sowie an Versorgungs-Depots in der Zone zogen bewaffnete Einheiten auf. Jetzt verlangte sogar Polens KP-Chef Gomułka von Chruschtschow, die Gefahr in der DDR zu bannen.

Am 3. August trafen in Moskau die Parteichefs und Regierungsvertreter der Warschauer-Pakt-Staaten zusammen. Ulbricht stimmte aufs neue seine Litanei

an. Die Abwanderung, beeinträchtigte die Wirtschaft der DDR. Wenn sie nicht sofort unterbunden würde, könne er sei-

ne Verpflichtungen, Rohstoffe und Fertigprodukte an die Bruderstaaten im sowjetischen Lager zu liefern, nicht erfüllen. Die Lage in seinem Land sei explosiv. Jeden Tag könne der „Klassenfeind“ mit einem Putsch losschlagen.

Zögernd ließen sich Chruschtschow und seine Partner auf Absperrung der Sektorengrenze von Berlin ein – unter der Voraussetzung, daß die Ostdeutschen rechtzeitig zur Schlußsitzung am Samstag, dem 5. August, zwei Fragen überzeugend beantworteten: Kann die

„Berlin – Prüfstein für unseren Mut“

Aus der Fernsehansprache John F. Kennedys am 25. Juli 1961

In Berlin will Ministerpräsident Chruschtschow durch einen Federstrich erstens unsere legalen Rechte auf Anwesenheit in West-Berlin aufheben und zweitens uns die Möglichkeit nehmen, unsere Verpflichtungen gegenüber den zwei Millionen Einwohnern dieser Stadt zu erfüllen. Das können wir nicht zulassen. Wir sind uns darüber im klaren, was getan werden muß – und wir werden dies tun.

Die unmittelbare Bedrohung der freien Menschen liegt in West-Berlin. Aber dieser isolierte Vorposten ist kein isoliertes Problem. Die Bedrohung ist weltumfassend. Unsere Anstrengung muß gleichermaßen umfassend und stark sein und nicht von einer einzelnen angezettelten Krise allein beherrscht. Wir sehen uns einer Bewährungsprobe in Berlin gegenüber.

Unsere Anwesenheit hier ist ein Resultat unseres Sieges über Nazi-Deutschland – und zu unseren Grundrechten, dort zu sein, die aus diesem Sieg stammen, gehört sowohl unsere Anwesenheit in West-Berlin wie auch die Wahrnehmung des Rechtes auf Zugang durch Ostdeutschland.

Berlin ist nicht ein Teil Ostdeutschlands, sondern ein separates Gebiet unter der Kontrolle der Alliierten Mächte. Somit sind unsere diesbezüglichen Rechte klar definiert und tief verwurzelt.

Deshalb kann unserer Anwesenheit in West-Berlin und unserem Zugang zu dieser Stadt nicht durch irgendwelche Handlungen der Sowjetregierung ein Ende gesetzt werden.

Schon vor langer Zeit wurde West-Berlin unter die Obhut des Nato-Schildes genommen, und wir haben unser



Kennedy bei der TV-Rede
„Wir haben unser Wort gegeben“

Wort gegeben, daß wir jeden Angriff auf diese Stadt als einen gegen uns alle gerichteten Angriff betrachten werden.

West-Berlin ist zu dem großen Prüfstein für den Mut und die Willensstärke des Westens geworden, zu einem Brennpunkt, in dem unsere feierlichen, durch all die Jahre bis 1945 zurückreichenden Verpflichtungen jetzt mit den sowjetischen Ambitionen in grundsätzlicher Gegenüberstellung zusammentreffen. Es wäre ein Fehler, wenn andere Berlin – seiner Lage wegen – als ein verlockendes Ziel ansähen.

Ich habe sagen hören, West-Berlin sei militärisch unhaltbar. Dies war Bästogne auch und in der Tat auch Stalingrad. Jede gefährliche Position ist zu halten, wenn tapferere Männer dafür eintreten. Wir wollen den Kampf nicht – aber wir haben schon gekämpft.

Wir können und werden es nicht zulassen, daß die Kommunisten uns – sei es allmählich oder mit Gewalt – aus Berlin treiben.

Wir werden zu allen Zeiten zu Gesprächen bereit sein, wenn Gespräche nützen. Aber wir müssen genauso bereit sein, der Gewalt Widerstand zu leisten, wenn uns gegenüber Gewalt angewendet wird.

Wir haben bereits früher unsere Bereitschaft bekundet, jedwede wirkliche Störungsfaktoren in West-Berlin zu beseitigen, aber über die Freiheit dieser Stadt gibt es kein Verhandeln. Wir können nicht mit den

nen verhandeln, die sagen, was mir gehört, ist mein, und was dir gehört, darüber läßt sich reden.

Wenn irgend jemand Zweifel hegt, in welchem Maße die Bevölkerung West-Berlins unsere Anwesenheit wünscht – verglichen mit den Gefühlen, die die Ostdeutschen gegenüber ihrem Regime hegen –, so sind wir bereit, diese Frage zur freien Abstimmung in Berlin und, wenn möglich, dem ganzen deutschen Volk zu stellen. Und lassen Sie uns auch gleichzeitig die zweieinhalb Millionen Flüchtlinge hören, die vor dem kommunistischen Regime in Ostdeutschland geflohen sind und die mit ihren Füßen für die westliche Form der Freiheit gestimmt haben.

Um alles noch einmal zusammenzufassen: Wir erstreben den Frieden – aber wir werden nicht kapitulieren. Das ist der zentrale Inhalt dieser Krise und der Inhalt unserer Regierungspolitik.